



Bern-Wabern, 3. Juni 2008

Input am 5. Nationalen Treffen der kantonalen und kommunalen Ausländerkommissionen und Kommissionen für Integration

Neuenburg 3. Juni 2008

## **Informationsauftrag und Empfehlungen**

### **Gut informiert – gut integriert!**

Meine Damen und Herren

Gut informiert – gut integriert! Dieser Slogan fasst all jene Bestrebungen und Massnahmen zusammen, die auf der Ebene des Bundes, der Kantone und der Gemeinden geplant und umgesetzt werden, um Integrationsprozesse zu erleichtern.

Wir haben erfahren, wie das Integrationskonzept des Bundes aussieht bzw. welche Massnahmen geplant werden.

Wir haben gehört, welche Bestrebungen in den Kantonen und Gemeinden bereits vorhanden sind und erfolgreich umgesetzt werden und haben Einblicke in künftige Vorhaben im Bereich der Informationsvermittlung erhalten.

Die Inputs und die Podiumsdiskussion schliesslich haben gezeigt, welches die Für und Wider unterschiedlicher Instrumente der Informationsvermittlung sind.

Zwei Punkte sind mir dabei besonders aufgefallen.

- die Frage der Zielgruppen bzw. der Adressaten bei der Informationsvermittlung sowie damit verbunden
- die Frage, wie informiert werden soll. ((u.a. auch: was heisst migrantenfreundlich))

### **Zur Frage der Zielgruppen von Informationsvermittlung**

Im Zentrum der Bemühungen beim Informationsauftrag der Behörden stehen Migrantinnen und Migranten. "Bund, Kantone und Gemeinden sorgen für eine angemessene Information

der Ausländerinnen und Ausländer über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz, insbesondere über ihre Rechte und Pflichten", heisst es im bereits mehrfach zitierten Artikel 56 AuG. Und weiter: "Ausländerinnen und Ausländer werden auf bestehende Angebote zur Integrationsförderung hingewiesen." Es ist ausserordentlich zu begrüessen, dass – wie aus den Beiträgen von Mario Gattiker und Nicole Gysin zu schliessen ist – die Vorbereitungen auf Hochtouren laufen, damit der Gesetzesauftrag erfüllt und umgesetzt werden kann. Auch die ehemalige EKA hat in ihren letztjährigen Empfehlungen darauf hingewiesen, dass die Information der Migrationsbevölkerung verbessert werden muss und flächendeckend gute Begrüssungs- und Informationsangebote für Neuzugezogene gefordert sind.

Es ist richtig und absolut notwendig, dass Migrantinnen und Migranten als spezifische Zielgruppe der Integrationspolitik und damit verbunden einer zu konzipierenden Informationsaufgabe auf allen drei Ebenen in den Fokus genommen werden.

Aus der Sicht der EKM sollte allerdings ein wesentlicher Aspekt nicht verloren gehen: Damit spreche ich den dritten Absatz von Artikel 56 AuG an: "Bund, Kantone und Gemeinden informieren die Bevölkerung über die Migrationspolitik und über die besondere Situation der Ausländerinnen und Ausländer." Es scheint mir dringend notwendig, dass bei allen Bemühungen, die sich jetzt auf die Zielgruppe der Zugewanderten konzentrieren, die ebenso wichtige Zielgruppe der bereits Ansässigen, das heisst: der Schweizer Bevölkerung nicht vergessen geht.

Eine Integrationspolitik und damit verknüpfte Instrumente, die es laut Artikel 4 AuG zum Ziel haben wollen, "das friedliche Zusammenleben aller auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung und der gegenseitigen Achtung und Toleranz" zu fördern, dürfen sich nicht einseitig auf eine spezifische Bevölkerungsgruppe ausrichten. Vielmehr müssen alle Teile der Bevölkerung Adressaten einer solchen Politik sein.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Klammerbemerkung: Es fällt mir immer wieder auf, dass in verschiedensten Zusammenhängen der Integrationspolitik einseitig an die Migrationsbevölkerung gedacht oder appelliert wird. Integration ist aber ein gegenseitiger Prozess, der alle Teile der Bevölkerung umfasst. In diesem Sinne scheint mir, müssten vielerorts die Zielgruppen der Integrationspolitik neu gedacht werden. Dies gilt nicht nur für die mittlerweile gerne proklamierte Formel "Fördern und Fordern", sondern auch (um wieder auf unser Thema zurück zu kommen) für die Vermittlung von Information, die Ausgestaltung von Information, der Auswahl von Inhalten und die Stossrichtung der zu vermittelnden Information. Mir scheint, Nachholbedarf etwa bezüglich der "besonderen Situation der Ausländerinnen und Ausländer" besteht auch bei einem grossen Teil der schweizerischen Bevölkerung. Das hat nicht zuletzt die kürzlich stattgefundene Debatte zur Einbürgerungsinitiative der SVP gezeigt, anlässlich welcher eine Unmenge an irrigen Behauptungen über "die" Ausländer durch die Informationslandschaft geisterten.

Ich möchte Ihnen einen Ansatzpunkt geben, wie dies anders gestaltet werden könnte – zwar nichts besonders Originelles, doch die Umsetzung wäre an gewissen Stellen schon beinahe revolutionär:

Wir sollten zur Einsicht gelangen, dass die Schweiz ein Einwanderungsland mit einer pluralistischen Gesellschaft ist. Eine solche Einsicht bzw. Haltung, die natürlich auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger erfolgen muss, kann es den Behörden erleichtern, ohne Abwehrreflexe gegenüber Zugewanderten Informationen über die Migrationsbevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Unabhängig davon, ob ein solcher Perspektivenwechsel erfolgen kann: Die EKA hat zwei Vorschläge gemacht, wie auch die Schweizer Bevölkerung in den Genuss einer verbesserten Information über die Migrationspolitik und die Situation der Ausländerinnen und Ausländer kommen kann.

#### *Aus- und Weiterbildung bei Kommunikationsverantwortlichen der Behörden*

Kommunikationsverantwortliche der Behörden auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene nehmen ausserordentlich wichtige Positionen bei der Informationsvermittlung ein, nicht nur in der Form, sondern auch, welche Inhalte transportiert werden. Sie sind Schlüsselpersonen bezüglich Aussagen, die über die Migrationsbevölkerung gemacht werden. Wir denken dabei insbesondere an Sprecher und Sprecherinnen bei den Migrationsämtern, der Einwohnerkontrolle, den Zivilstandsämtern, der Polizei und den Gerichten. Es wäre wichtig, dass diese spezielle Zielgruppe regelmässig Aus- und Weiterbildungen zu diesem Themenbereich erhält, nicht zuletzt auch, um eine gemeinsame Haltung zu entwickeln.

#### *Weiterbildungsangebote für Medienschaffende*

Die zweite Empfehlung richtet sich an Behörden v.a. auf Bundesebene, ev. aber auch auf kantonaler Ebene. Hier könnten etwa Informationstage oder Kurse für Medienschaffende durchgeführt werden, welche Migration bzw. Integration als ihr Spezialgebiet gewählt haben oder wählen möchten. Hier könnten spezifische Fragen vertieft behandelt und über die Praxis der Behörden informiert werden – über das aktuelle Tagesgeschehen hinaus. Kompetente und sachlich korrekte Informationen in den Medien dienen auch der Sensibilisierung der Schweizer Bevölkerung.

#### **Zur Frage, wie Information vermittelt werden soll**

Die EKA hat in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass in der Integrationspolitik eine Willkommenskultur angestrebt werden soll. Dies gilt selbstverständlich und im besonderen Mass auch bei der Informationsvermittlung. Es macht einen grossen Unterschied, ob man freundlich begrüsst und willkommen geheissen wird, oder ob man als erstes mit In-

formationsschriften eingedeckt wird, die Verbote und Verhaltensregeln beinhalten. In diesem Sinne ist ein gutes Abwägen zwischen Willkommensgruss und Informationen, die fürs erste von Bedeutung sind, vorzunehmen.

Der Begriff "migrantenfreundlich" taucht in solchen Zusammenhängen immer wieder auf.

Von mir aus gesehen drängen sich 3 Ebenen auf, die das "Migrantenfreundliche" ausmachen: freundlich-einladend, verständlich, partizipativ.

Zum Thema "Freundlichkeit" habe ich Ihnen eben Ausführungen gegeben.

Ein weiterer Punkt betrifft die Verständlichkeit. Viele Informationen sind in einer teilweise umständlichen "Amtssprache" gehalten, die auch für viele Schweizerinnen und Schweizer nicht verständlich ist. Deshalb gilt, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Interesse von staatlichen Stellen, dass Informationen verständlich abgefasst werden. Die Frage der Verständlichkeit bezieht sich m.E. auch auf die Frage von Übersetzungen. Nicht alle Informationen müssen in übersetzter Form vorliegen, können es auch nicht. Es gibt jedoch Informationen, von welchen die Behörden sicher sein wollen, dass die Botschaft auch ankommt. Erstinformation und zentrale Botschaften sollten demnach in die wichtigsten Migrationssprachen übersetzt sein. Dabei gibt es auch Möglichkeiten einer ansprechenden Gestaltung, ev. mit Piktogrammen oder Abbildungen, die einladen sollen (nochmals: willkommen heissen), die Information auch zu lesen.

Ich komme zu einem letzten Punkt, welcher kaum je thematisiert wird. Wir haben in den vergangenen Treffen der kommunalen und kantonalen Kommissionen viel über Partizipation gesprochen. M.E. sollte der Aspekt der Partizipation auch im Zusammenhang mit Information aufgegriffen werden. Es gibt auf Bundesebene, vielmehr jedoch auf lokaler Ebene eine Vielzahl von Netzwerken, seien dies Organisationen von Migrantinnen und Migranten mit Vereinsstruktur, seien es Interessengruppen oder lose Netzwerke. "Migrantenfreundlich" könnte somit auch heissen, dass vonseiten der Behörden Kontakt mit diesen Netzwerken aufgenommen wird, um allfällige spezifische Informationsbedürfnisse von Zugewanderten erfassen zu können. Ein solcher Zugang öffnet Türen auf beiden Seiten.

Gut informiert – gut integriert (im Sinne eines gegenseitigen Prozesses) bzw. gut informieren - gut integrieren (was nicht zuletzt auch gutes Zuhören beinhaltet) gilt also auch für die Behörden..... und nicht zuletzt auch für Sie als Kommissionen, die Sie ja direkt Kontakte zu Gemeinschaften von Migrantinnen und Migranten pflegen. Hier könnten auch Sie als Kommissionen mit dazu beitragen, dass der Informationsfluss im Sinne einer Willkommenskultur zwischen Behörden und Migrationsbevölkerung verbessert werden kann.

Hinweis auf Studie der Uni Bern:

## **Partizipation von Migrant/innen in Gemeinden**

### **Eine Studie über Beteiligungsmöglichkeiten in behördlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen unter besonderer Berücksichtigung von Integrationskommissionen**

Diejenigen, die an der letztjährigen Tagung in Baden dabei waren: Thema war, wie sich Kommissionen besser in integrationspolitische Belange einbringen und ihre Anliegen produktiv umsetzen können. Basis dazu bildete die laufende Studie der Uni Bern über Beteiligungsmöglichkeiten von Integrationskommissionen.

Anhand unterschiedlicher Modelle, wie solche Kommissionen ausgestaltet sind, wurde überlegt und diskutiert, welche Verbesserungen der jeweils konkreten Ausgangslagen angestrebt werden könnten.

Die Studie liegt vor; viele, die sich an der Umfrage beteiligt und Interviews gewährt haben, haben sie bestellt. Sie wurde ihnen bereits zugestellt. Wer ebenfalls bestellen möchte, kann sich bei uns melden.

Die Studie existiert lediglich in deutscher Sprache und wird nicht übersetzt. Dafür besteht die Möglichkeit einer andern Form der "Übersetzung", sowohl auf deutsch als auch auf französisch.

Bei dieser Studie handelt es sich nicht um ein Rezeptbuch. Es ist ein Materialienband für eine vertiefte Auseinandersetzung. Diejenigen Kommissionen, die jedoch gerne diese Studie als Ausgangspunkt nehmen möchten, um sich vertiefter mit den Ergebnissen auseinanderzusetzen oder bei sich selber einen Entwicklungsprozess einzuleiten, haben die Möglichkeit, sich mit den Autorinnen in Verbindung zu setzen. Informationen aus der Studie könnten dann, jeweils bezogen auf Ihr konkretes Umfeld, direkt über die Autorinnen erfolgen.

arn@anthro.unibe.ch